

## Beeindruckende britische Streikbewegung

*"Während die IG Metall, also "die größte Industriegewerkschaft der Welt", wie sie sich gern selbst abfeiert, trotz prall gefüllter Streikkassen auf einen ernsthaften Streik in der Metall- & Elektrobranche sowie bei Volkswagen verzichtete und - ganz Sozialpartner - lieber ein Lohnverlustabkommen gleich für den nächsten zwei Jahre unterzeichnete, wächst in Großbritannien die Streikbewegung weiter, auch in Bereichen wo seit 40 Jahren keine Arbeitsniederlegung mehr stattfand. Neben den schon länger recht renitenten Eisenbahnern der linken Transportarbeitergewerkschaft RMT, sind nun auch Krankenschwestern & -pfleger, Briefträger, Beschäftigte im Bildungssektor und andere in Bewegung.*

*Die Wirkung der historischen Niederlage, die die Gewerkschaften im Laufe der Thatcher-Ära durch die massiven Schläge und neoliberalen Gegenreformen erlitten, ist offenkundig weitgehend überwunden. Ein neues Selbstbewusstsein ist entstanden, die (noch) regierenden Tories stecken diesmal selbst knietief in der Krise und eine Inflationsrate von über 11 Prozent drängt die Lohnabhängigen zum Kampf.*

*Inwieweit sie den "Arbeitgebern" (inklusive der Regierung) gegenüber ihre Forderungen durchsetzen können, muss man abwarten. Doch die Kampfbereitschaft ist schon jetzt beeindruckend. Eine weitere Frage wird sein, ob es eine mögliche zukünftige rechtssozialdemokratische Labour Party-Regierung unter Führung von Sir Keir Starmer (die die "Financial Times" ziemlich unverhohlen herbeiwünscht!) schafft, diese neue Arbeiterbewegung wieder ruhigzustellen und zu befrieden...*

*Derzeit gelingt dies jedoch weder den Tories um Sunak & Hunt noch dem oppositionellen Abwiegler Starmer, wie die folgenden drei aktuellen Berichte aus der "Financial Times" zeigen. Ihr findet sie hier als maschinelle Übersetzung via [deepl.com](https://www.deepl.com)."*

**Vorwort vom Gewerkschaftsforum Hannover zur deren drei Übersetzungen für LabourNet Germany - wir danken!**

---

### **Krankenschwestern und -pfleger im gesamten NHS streiken in der Vorweihnachtszeit**

Welle von Arbeitskampfmaßnahmen im öffentlichen Sektor des Vereinigten Königreichs wird sich über den Winter ausbreiten

In der Vorweihnachtszeit werden Krankenschwestern und -pfleger im gesamten NHS streiken. Damit drohen in der arbeitsreichsten Zeit des Jahres weitere Störungen der Gesundheitsversorgung in weiten Teilen Großbritanniens, wo die Krankenhäuser ohnehin schon damit zu kämpfen haben, ihre Wartelisten zu verkürzen.

Das Royal College of Nursing kündigte am Freitag an, dass einige seiner Mitglieder am 15. und 20. Dezember in England, Wales und Nordirland die Arbeit niederlegen werden. Pat Cullen, die Generalsekretärin der Gewerkschaft, erklärte, die Minister hätten sich geweigert, formelle Gespräche über die Bezahlung und die Patientensicherheit aufzunehmen, und hätten sich tatsächlich für einen Streik entschieden, obwohl sie "die Macht und die Mittel hätten, dies zu verhindern".

Die Mitglieder der Gewerkschaft werden an der Spitze einer Welle von Arbeitsk Kampfmaßnahmen stehen, die sich im Laufe des Winters im gesamten Gesundheitswesen und in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Sektors ausbreiten dürfte, obwohl es erste Anzeichen für Fortschritte bei der Beilegung des seit langem andauernden Konflikts im Bahnsektor gibt.

Die Hoffnungen auf eine Einigung im Eisenbahnsektor stiegen am Donnerstag, als der neue Verkehrsminister Mark Harper Gespräche mit Mick Lynch, dem Generalsekretär der Gewerkschaft RMT, führte. Harper sagte, das Treffen sei "konstruktiv" gewesen, während Lynch die Gespräche als "positiv" bezeichnete.

Nach dem Treffen sagte Harper: "Es muss eine Einigung erzielt werden, und ich glaube, dass wir sie erreichen werden", und fügte hinzu, dass er eine Einigung zwischen den Bahngewerkschaften und den Arbeitgebern "erleichtern" wolle - ein Kurswechsel gegenüber seinem Vorgänger Grant Shapps, der sich geweigert hatte, Lynch zu treffen.

Lynch lehnte es jedoch ab, die Streiks abzusagen, die die RMT Anfang der Woche angekündigt hatte, darunter eine Reihe von 48-stündigen Arbeitsniederlegungen im Dezember und Januar sowie ein Überstundenverbot für ihre Mitglieder bei Network Rail und 14 Bahnbetreibern über die Weihnachtsfeiertage.

Unterdessen kam es am Donnerstag im Bildungssektor zu umfangreichen Arbeitsniederlegungen. Fast alle Universitäten in England waren von Streiks betroffen, da ein lang anhaltender Streit über Gehälter und Renten eskaliert.

Der RCN, der mehr als 300.000 Mitglieder hat, wird nächste Woche bekannt geben, welche NHS-Arbeitgeber von den Streiks betroffen sein werden. Bei 176 von 311 Arbeitgebern, bei denen eine Urabstimmung stattfand, hat der RCN ein Mandat für Aktionen erhalten.

Ihre Mitglieder könnten sich bald den Mitgliedern anderer Gewerkschaften anschließen, die NHS-Beschäftigte vertreten. Unison, die mehr als 400.000 Beschäftigte des Gesundheitswesens in England, Wales und Nordirland vertritt, wird ihre eigene Urabstimmung am Freitag abschließen und die Ergebnisse nächste Woche bekannt geben.

Eine GMB-Abstimmung unter den Beschäftigten des Rettungsdienstes in 11 NHS-Trusts wird Ende des Monats abgeschlossen; Unite führt ebenfalls eine Abstimmung unter Tausenden von Beschäftigten des Gesundheitswesens durch, und die

Gewerkschaften, die Ärzte in der Ausbildung, Hebammen und Physiotherapeuten vertreten, halten Abstimmungen ab oder planen sie.

Die Verantwortlichen des NHS haben Anfang des Monats eine Stresstestübung mit dem Codenamen "*Arctic Willow*" durchgeführt, um sicherzustellen, dass die Notfallversorgung auch während eines Streiks weiterläuft, aber Arbeitsniederlegungen würden dennoch dazu führen, dass einige geplante Operationen und Termine abgesagt werden.

Matthew Taylor, Geschäftsführer der NHS Confederation, sagte, die Verantwortlichen im Gesundheitswesen würden die Pläne überprüfen und auf die Bestätigung der Absichten des RCN warten. Zumindest die Notfallversorgung und die Intensivpflege würden an Streiktagen fortgesetzt, und der NHS werde die Patienten im Voraus über alle Änderungen bei der nicht dringenden Versorgung informieren. Er fügte hinzu, dass die führenden Vertreter des Gesundheitswesens Verständnis für ihre Beschäftigten hätten und an einer Verhandlungslösung interessiert seien, um einen "langwierigen Zermübungskrieg" zu vermeiden.

Steve Barclay, Gesundheitsminister, sagte, er sei "sehr dankbar" für die Arbeit der Krankenschwestern und -pfleger, aber die Forderung des RCN nach einer Gehaltserhöhung von fünf Prozent über der Verbraucherpreisinflation - was einer 19-prozentigen Erhöhung entspricht, verglichen mit einem Regierungsangebot von vier bis fünf Prozent für die meisten Krankenschwestern und -pfleger - sei nicht bezahlbar.

Im Gegensatz dazu hat die schottische Regierung am Donnerstag ihr Gehaltsangebot für das NHS-Personal erhöht und Vorschläge unterbreitet, die eine durchschnittliche Erhöhung von 7,5 Prozent und sogar 11,3 Prozent für die am schlechtesten bezahlten Mitarbeiter vorsehen.

Die Gewerkschaft Unison teilte mit, sie lege ihren Mitgliedern in Schottland das Angebot mit einer Empfehlung zur Annahme vor.

***Artikel von Delphine Strauss und Robert Wright in der "Financial Times" vom 25. November 2022***

---

## **Streiks an britischen Universitäten und schottischen Schulen wegen Gehältern und Renten**

Historische Arbeitsniederlegungen: Gewerkschaften fordern "sinnvolle" Lohnerhöhungen angesichts der zunehmenden Belastung im gesamten Bildungssystem

Fast alle Universitäten im Vereinigten Königreich und Schulen in Schottland wurden am Donnerstag bestreikt, da sich der Arbeitskampf um Löhne und Renten auf den gesamten Bildungssektor ausweitet.

Etwa 70.000 Universitätsbeschäftigte führen in diesem Monat drei Arbeitsniederlegungen durch, die ihre Gewerkschaft als die größte koordinierte Aktion in der Geschichte des Sektors bezeichnet hat. Die schottische Bildungsgewerkschaft schloss unterdessen Schulen im größten landesweiten Streik seit den 1980er Jahren.

Der Arbeitskampf findet vor dem Hintergrund zunehmender Unruhe im gesamten öffentlichen Sektor statt, da die Lohnerhöhungen unter der Inflationsrate liegen und das Bildungssystem aufgrund der angespannten Haushaltslage ohnehin schon unter Druck steht.

Im ganzen Land legten die Mitarbeiter von 150 Universitäten die Arbeit nieder, was nach Angaben der University and College Union 2,5 Millionen Studenten betreffen könnte.

Die Mitglieder der UCU werden am Freitag und am 30. November ebenfalls streiken, womit der seit Jahren andauernde Streit um Gehälter und Renten eskaliert. Der Streit hat seit 2018 zu wochenlangen Arbeitsniederlegungen geführt, aber dies ist das erste Mal, dass alle Universitäten gestreikt haben und nicht nur einzelne Universitätszweige.

Jo Grady, Generalsekretärin der UCU, machte die "miserable" Führung des Sektors für die Aktion verantwortlich. "Das Personal ist ausgebrannt, aber es schlägt zurück", sagte sie. "Sie haben genug von sinkenden Gehältern, Rentenkürzungen und Arbeitsbedingungen in der Gig-Economy".

Die Gewerkschaft hat eine "sinnvolle" Lohnerhöhung gefordert, nachdem die Arbeitgeber eine Erhöhung ab 3 Prozent angeboten hatten, obwohl die Inflation im letzten Monat mit 11,1 Prozent ein 41-Jahres-Hoch erreicht hatte. Die Gewerkschaft hat auch eine Rücknahme der Kürzungen bei den Rentenleistungen gefordert, die vorgenommen wurden, um ein Defizit im Pensionsfonds des Sektors auszugleichen, das durch den Zusammenbruch der Märkte zu Beginn der Coronavirus-Pandemie entstanden ist.

Der Arbeitgeberverband Universities UK erklärte, die Studenten seien "gut vorbereitet", um die Auswirkungen der Streiks abzumildern, und er habe den Mitarbeitern die "bestmöglichen" Rentenleistungen angeboten.

In Schottland blieben die Schulen am Donnerstag geschlossen, nachdem sich die wichtigste Lehrgewerkschaft in diesem Monat mit überwältigender Mehrheit für Streiks ausgesprochen hatte.

Andrea Bradley, Generalsekretärin des Educational Institute of Scotland, sagte, dass die Mitglieder "wirklich nicht in dieser Lage sein wollten". Sie argumentierte jedoch, dass sie durch die Weigerung der schottischen Regierung und der Cosla, die die Stadtverwaltungen vertritt, ihr Angebot einer fünfprozentigen Gehaltserhöhung zu verbessern, zum Streik "gezwungen" worden seien.

Nach Gesprächen in letzter Minute am Mittwoch lehnte die EIS ein überarbeitetes Angebot von 6,85 Prozent für die am schlechtesten bezahlten Lehrkräfte ab und erklärte, dass es auf eine durchschnittliche Erhöhung von 5,07 Prozent hinauslaufe. Die Gewerkschaft fordert eine 10-prozentige Erhöhung für alle Mitglieder.

Die schottische Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon erklärte am Mittwoch, ihre Regierung habe eine "faire und vernünftige" Gehaltserhöhung für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vorgeschlagen, die in einer Zeit "himmelhoher Inflation" die Angebote für die Beschäftigten in England übertreffe.

"Wir arbeiten nicht nur mit einem festen, sondern mit einem stark eingeschränkten Budget", sagte Sturgeon.

Die Lehrer in den Schulen im übrigen Vereinigten Königreich führen derzeit eine Urabstimmung über einen Streik durch, der voraussichtlich im nächsten Jahr stattfinden wird.

***Artikel von Bethan Staton (London) und Lukanyo Mnyanda (Edinburgh) in "Financial Times" vom 24. November 2022***

---

### **Großbritanniens größte Bahngewerkschaft will nach dem Scheitern der Lohnverhandlungen bis 2023 weiter streiken**

RMT macht die "tote Hand der Regierung" verantwortlich und kündigt vier 48-stündige Arbeitsniederlegungen im Dezember und Januar an

Die größte Verkehrsgewerkschaft des Vereinigten Königreichs kündigte am Dienstag vier 48-stündige Streiks und ein Überstundenverbot an, nachdem die Gespräche mit den Arbeitgebern gescheitert waren.

Mick Lynch, Generalsekretär der RMT, erklärte, die Gewerkschaft werde sich mit anderen an Arbeitsplatzkonflikten beteiligten Gewerkschaften abstimmen.

"Die Beschäftigten in unserer gesamten Klasse brauchen eine Lohnerhöhung, und wir sind entschlossen, diese für unsere RMT-Mitglieder zu erreichen", sagte Lynch vor Reportern.

Die Ankündigung von Arbeitsniederlegungen am 13. und 14. Dezember, am 16. und 17. Dezember sowie am 3. und 4. und 6. und 7. Januar lässt die Hoffnung auf eine Lösung des seit Juni laufenden Arbeitskampfes schwinden. Die Ankündigung erfolgt

eine Woche, nachdem die RMT ein Mandat zur Fortsetzung der Streiks für weitere sechs Monate erhalten hat.

Die Gewerkschaft befindet sich in getrennten Auseinandersetzungen mit Network Rail und 14 Eisenbahnunternehmen, die von der Regierung Konzessionen erhalten haben.

Der Eigentümer der britischen Eisenbahninfrastruktur hat den Beschäftigten eine Lohnerhöhung von 4 Prozent in den Jahren 2022 und 2023 angeboten, vorbehaltlich von Veränderungen am Arbeitsplatz, die zu 2.000 freiwilligen Entlassungen führen würden. Den Mitarbeitern der Bahnbetreiber wurde eine jährliche Lohnerhöhung von 2 Prozent angeboten.

Das Verbot von Überstunden beginnt am 18. Dezember und dauert bis zum 2. Januar. Lynch sagte voraus, dass dies zu Engpässen beim Zugpersonal und zu schwerwiegenden Problemen bei den für die Weihnachtszeit geplanten technischen Arbeiten führen würde.

Die Arbeitgeber und die RMT haben in diesem Monat "intensive Verhandlungen" aufgenommen, um den seit langem andauernden Streit zu beenden. Lynch sagte jedoch, dass die Gewerkschaft zwar "vernünftig" gewesen sei, eine Einigung jedoch durch die "tote Hand der Regierung" unmöglich gemacht worden sei.

Die RMT befindet sich auch in einem Streit mit der Londoner U-Bahn über Löhne, Arbeitsplatzsicherheit und Renten. Die Lokführergewerkschaft Aslef veranstaltet am 26. November eine 24-stündige Arbeitsniederlegung wegen der Löhne bei einer Reihe von Bahnbetreibern.

Das Scheitern der Gespräche folgt auf die Behauptung der Gewerkschaft Communication Workers' Union in der vergangenen Woche, Royal Mail habe die Verhandlungen abgebrochen, nachdem sie den Beschäftigten einen Vorschlag unterbreitet hatte, den sie entweder annehmen oder ablehnen können.

Die Postangestellten werden diesen Donnerstag und Freitag erneut streiken und in der Vorweihnachtszeit weitere Arbeitsniederlegungen durchführen. In dieser Woche werden sich auch die Beschäftigten von mehr als 150 Universitäten im Streit um Gehälter und Renten anschließen.

Die Königliche Krankenpflegeschule (Royal College of Nursing), die die Minister aufgefordert hatte, bis Dienstag formelle Gespräche über Gehälter und Patientensicherheit aufzunehmen, bereitet sich derweil darauf vor, Termine für Arbeitsniederlegungen bekannt zu geben. Die Gewerkschaft Unison, die Hunderttausende von NHS-Beschäftigten vertritt, wird ihre eigene Urabstimmung am Freitag abschließen.

Lynch gab nicht an, mit welchen anderen Gruppen die RMT ihre Aktionen zu koordinieren gedenkt, sagte aber, dass er an Gesprächen mit dem Gewerkschaftsdachverband TUC und einzelnen Gewerkschaften beteiligt sei.

Tim Shoveller, der Verhandlungsführer von Network Rail, sagte, die neuen Streiks würden das "prekäre finanzielle Loch" der Branche nur noch größer machen und eine Lösung erschweren.

"Wir werden nicht aufgeben und hoffen, dass die RMT mit einer realistischeren Einschätzung der Situation an den Verhandlungstisch zurückkehren wird", sagte er.

Die Rail Delivery Group, die Zugbetreiber vertritt, appellierte an die Gewerkschaft, zu Gesprächen zurückzukehren, und erklärte, der Streit habe die Branche Millionen an entgangenen Einnahmen gekostet und die Erholung nach der Pandemie verzögert.

Das Verkehrsministerium ging nicht direkt auf die Behauptung der Gewerkschaft ein, sie stehe einer Einigung im Wege. In einer Erklärung forderte es die Gewerkschaft jedoch auf, eine Einigung mit den Arbeitgebern zu erzielen. Die Minister haben während des gesamten Konflikts darauf bestanden, dass die Regierung keine direkte Rolle spielt.

"Wir fordern die Gewerkschaftsführer erneut auf, mit den Arbeitgebern zusammenzuarbeiten und eine Einigung zu erzielen, die sowohl für die Fahrgäste als auch für die Steuerzahler und die Beschäftigten gerecht ist", so das Ministerium. Die Postbeschäftigten werden am Donnerstag und Freitag erneut streiken und in der Vorweihnachtszeit weitere Arbeitsniederlegungen durchführen. In dieser Woche werden sich auch die Beschäftigten von mehr als 150 Universitäten im Streit um Gehälter und Renten anschließen.

Die Königliche Krankenpflegeschule (Royal College of Nursing), die die Minister aufgefordert hatte, bis Dienstag formelle Gespräche über Gehälter und Patientensicherheit aufzunehmen, bereitet sich derzeit darauf vor, Termine für Arbeitsniederlegungen bekannt zu geben. Die Gewerkschaft Unison, die Hunderttausende von NHS-Beschäftigten vertritt, wird ihre eigene Urabstimmung am Freitag abschließen.

Lynch gab nicht an, mit welchen anderen Gruppen die RMT ihre Aktionen zu koordinieren gedenkt, sagte aber, dass er an Gesprächen mit dem TUC, dem Dachverband der Gewerkschaften, und einzelnen Gewerkschaften beteiligt sei.

Tim Shoveller, der Verhandlungsführer von Network Rail, sagte, die neuen Streiks würden das "prekäre finanzielle Loch" der Branche nur noch größer machen und eine Lösung erschweren.

"Wir werden nicht aufgeben und hoffen, dass die RMT mit einer realistischeren

Einschätzung der Situation an den Verhandlungstisch zurückkehren wird", sagte er.

Die Rail Delivery Group, die Zugbetreiber vertritt, appellierte an die Gewerkschaft, zu Gesprächen zurückzukehren, und erklärte, der Streit habe die Branche Millionen an entgangenen Einnahmen gekostet und die Erholung nach der Pandemie verzögert.

Das Verkehrsministerium ging nicht direkt auf die Behauptung der Gewerkschaft ein, sie stehe einer Einigung im Wege. In einer Erklärung forderte es die Gewerkschaft jedoch auf, eine Einigung mit den Arbeitgebern zu erzielen. Die Minister haben während des gesamten Konflikts darauf bestanden, dass die Regierung keine direkte Rolle spielt.

"Wir fordern die Gewerkschaftsführer erneut auf, mit den Arbeitgebern zusammenzuarbeiten und eine Einigung zu erzielen, die sowohl für die Fahrgäste als auch für die Steuerzahler und die Arbeitnehmer gerecht ist", so das Ministerium.

**Artikel von Robert Wright und Delphine Strauss (London) in "Financial Times" vom 22. November 2022**

---

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany:

- Dossier: [Der Bankrott der britischen Neoliberalen: 17.000 Betten weniger und Mangel an Beatmungsgeräten im Nationalen Gesundheitsdienst \(NHS\)](#)
- Dossier: [Kampf um Streikrecht in Großbritannien: RMT mobilisierte einen Bahnstreik zum 70. Thron-Jubiläum der Queen gegen geplante ‚Bahnreform‘ – Regierung will Streik einschränken](#)
- Dossier: [Rentenstreik an britischen Universitäten](#)